

**Niederschrift**

**über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen  
am 16.01.2018**

**um 17:05 Uhr bis 19:25 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal**

Anwesend sind:

**Vorsitz**

Herr Lothar Sill

**Stellvertretender Vorsitz**

Herr David Schichel

**Ratsmitglieder**

Herr Thomas Brützel

für Herrn Jonathan Brützel

Herr Björn Gottschalk

Herr Lothar Krebs

Frau Tanja Kreimendahl

Frau Brigitte Neff-Wetzel

Herr Alexander Schmidt

Herr Norbert Schmitz

**Sachkundige Bürger/innen**

Frau Erika Acker

Herr Josef Peter Hilger

Frau Corinna Hindrichs

Frau Monika Meurer

für Herrn Plasberg

Herr Paul Uwe Schabla

Frau Dorothea Schlächter

Frau Ursula Wilberg

**Sachkundige Einwohner/innen**

Frau Ursula Durach

**Beigeordneter**

Herr Thomas Neuhaus

**Von der Verwaltung**

Herr Domingo Estrany Dreßler

Frau Petra Hellmann-Wien

Herr Thomas Köppchen

Herr Dr. Frank Neveling

**Schriftführer/in**

Frau Silke Eller

Entschuldigt fehlen:

**Ratsmitglieder**

Herr Thorsten Michael Pohl

**Sachkundige Einwohner/innen**

Herr José Ramón Álvarez Orzáez

## Tagesordnung

### **I. Öffentlich**

- |            |         |  |
|------------|---------|--|
| <b>1</b>   |         | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung  |
| <b>2</b>   |         | Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2017  |
| <b>3</b>   |         | Berichte aus den Beiräten  |
| <b>4</b>   |         | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung  |
| <b>4.1</b> | 15/4219 | Wohnungslosigkeit: Wie groß ist das Problem in Remscheid?<br>- Anfrage der CDU-Fraktion  |
| <b>4.2</b> | 15/4448 | Wohnungslosigkeit und Obdachlosenhilfe in Remscheid - Anfrage der W.i.R.   |
| <b>5</b>   |         | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung  |
| <b>5.1</b> | 15/4215 | Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion vom 06.11.2017 zum Thema "Aktueller Sachstand Digitalisierung des Asylverfahrens"                   |
| <b>5.2</b> | 15/4308 | Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion vom 24.11.2017 zur Evaluation der Gesundheitskarte für Flüchtlinge                                  |
| <b>5.3</b> | 15/4400 | Informationen aus dem Bereich Gesundheitswesen - Zahngesundheit  |
| <b>5.4</b> | 15/4421 | Bundesteilhabegesetz (BTHG) / SGB IX und Ausführungsgesetz Nordrhein-Westfalen (AG-BTHG-NRW) - Information zum Sachstand                     |
| <b>5.5</b> | 15/3803 | Teilnahme der Stadt Remscheid am „Aktionsprogramm – Hilfe in Wohnungsnotfällen“ des Landes NRW<br>- Beschlussvorlage zu Drucksache 15/3109 - |
| <b>5.6</b> |         | Hausärztliche Versorgung - Mitteilung der Verwaltung   |
| <b>5.7</b> |         | Mitteilungen Beig. Neuhaus   |
| <b>6</b>   |         | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung                |
| <b>7</b>   |         | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung  |
| <b>8</b>   |         | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung                    |
| <b>8.1</b> | 15/3897 | Seniorenfreundliche Stadtverwaltung: Hausbesuche für Bürger ab 75 Jahren<br>Antrag der CDU-Fraktion  |
| <b>9</b>   |         | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung  |

- 9.1**                   Anschreiben der Arbeitsgemeinschaft freie Wohlfahrtspflege in Sachen Sozialmonitoring - Anfrage von Frau Neff-Wetzel
- 9.2**                   Haus Dresen - Anfrage von Herrn Krebs
- 10**           15/4423   Heilpädagogische Leistungen der Frühförderung im Sinne der §§ 30, 56 SGB IX  
Überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Bedarfsdeckung der Frühförderung im Haushaltsjahr 2018

## **I. Öffentlich**

### **1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung**

Vor Eintritt in die Tagesordnung verabschiedet der Vorsitzende Frau Hellmann-Wien, die Ende Februar in den Ruhestand geht und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.

Es liegen zwei Drucksachen vor, die in die Tagesordnung aufgenommen werden sollen:

- DS 15/4448 - Wohnungslosigkeit und Obdachlosenhilfe in Remscheid - Anfrage der W.i.R.
- DS 15/4423 - Heilpädagogische Leistungen der Frühförderung im Sinne der §§ 30, 56 SGB IX  
Überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Bedarfsdeckung der Frühförderung im Haushaltsjahr 2018.

Frau Kreimendahl beantragt außerdem die Vertagung von TOP 8.1, da es noch keine Besetzungsvorschlag für den zu bildenden Arbeitskreis gibt.

Herr Sill lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

#### **Beschluss:**

Der Nachtrag und die Tischvorlage werden in die Tagesordnung aufgenommen:

- TOP 4.2: DS 15/4448 - Wohnungslosigkeit und Obdachlosenhilfe in Remscheid - Anfrage der W.i.R.
- TOP 10: DS 15/4423 - Heilpädagogische Leistungen der Frühförderung im Sinne der §§ 30, 56 SGB IX  
Überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Bedarfsdeckung der Frühförderung im Haushaltsjahr 2018

Der Tagesordnungspunkt 8.1 - Seniorenfreundliche Stadtverwaltung: Hausbesuche für Bürger ab 75 Jahren - Antrag der CDU-Fraktion – wird vertagt.

### **2. Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2017**

Es werden keine Änderungen oder Ergänzungen beantragt.

### **3. Berichte aus den Beiräten**

Frau Acker berichtet über die Sitzung des Seniorenbeirates am 23.11.2017. Auf der Tagesordnung standen u. a. die Themen „Sicheres Fahren im Alter“, „Toiletten und Sitzgelegenheiten in ALDI-Märkten“, „Öffentliche Toiletten“ und „Sitzgelegenheiten und Blumenkübel vor dem Teo Otto Theater“. Außerdem hat Herr Dr. Henkelmann das Theaterprogramm für die Spielzeit 2017/2018 vorgestellt.

### **4. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung**

#### **4.1. Wohnungslosigkeit: Wie groß ist das Problem in Remscheid? - Anfrage der CDU-Fraktion Vorlage: 15/4219**

Die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 werden zusammen behandelt.

Beig. Neuhaus weist darauf hin, dass für die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion das Dezernat 5 zuständig ist. Eine Vorlage ist dort in Arbeit. Er gibt aber einen kurzen Überblick über die Entwicklung in den Jahren 2014 – 2016.

2014: 144 Wohnungslose, davon wurden 37 untergebracht.

2015: 94 Wohnungslose, davon wurden 35 untergebracht.

2016: 196 Wohnungslose, davon wurden 41 untergebracht.

Die Entwicklung zeigt, dass die Zahl der Wohnungslosen ansteigt. Gründe dafür sind u. a. die Verknappung von Wohnraum und die steigende Verschuldung der Haushalte. Positiv zu bewerten ist in diesem Zusammenhang der Beschluss des Rates vom 14.12.2017, am Aktionsprogramm „Hilfe in Wohnungsnotfällen“ teilzunehmen (s. TOP 5.5).

Jugendliche Obdachlose gibt es nicht, da die Kommune verpflichtet ist, diesen Personenkreis unterzubringen. Zuständig dafür ist das Jugendamt.

Zur ergänzenden Anfrage der W.i.R. teilt Beig. Neuhaus mit, dass der Fachdienst Jugend, Soziales und Wohnen für die Hilfen zuständig ist.

Frau Neff-Wetzel fragt nach der Anzahl der obdachlosen Familien mit Kindern. Beig. Neuhaus sagt zu, Zahlen dazu nachzureichen.

Herr Schichel bittet um konkretere Zahlen zu der Aussage, dass sich die Verfügbarkeit von Wohnraum reduziert hat.

Von der Anfrage der CDU-Fraktion wird Kenntnis genommen.

**4.2. Wohnungslosigkeit und Obdachlosenhilfe in Remscheid - Anfrage der W.i.R.  
Vorlage: 15/4448**

Siehe TOP 4.1.

Von der Anfrage wird Kenntnis genommen.

**5. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung**

**5.1. Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion vom 06.11.2017 zum Thema "Aktueller Sachstand Digitalisierung des Asylverfahrens"  
Vorlage: 15/4215**

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

**5.2. Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion vom 24.11.2017 zur Evaluation der Gesundheitskarte für Flüchtlinge  
Vorlage: 15/4308**

Herr Brützel hat eine Nachfrage zu den Verwaltungskosten. Außerdem fehlt ihm eine Antwort zu Punkt 3 der Anfrage.

Mehrere Ausschussmitglieder fragen nach, warum andere Kommunen die elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge nicht eingeführt bzw. wieder abgeschafft haben und bitten um Auskunft in der nächsten Sitzung.

Beig. Neuhaus verweist auf die Zuständigkeit des Dezernates 3. Er wird die Nachfragen weiterleiten. Er ist aber der Ansicht, dass sich die eGK in Remscheid bewährt hat, die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Remscheid und der Barmer Ersatzkasse (BEK) läuft gut.

Herr Schichel sieht auch die Notwendigkeit einer qualitativen Analyse und regt an, sich diesbezüglich mit dem Verein BAF und der Ehrenamtskoordination in Verbindung zu setzen und um einen Erfahrungsbericht zu bitten.

Herr Schmitz bittet außerdem darum, die Zahlen für das Jahr 2017 bei der BEK anzufordern.

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

**5.3. Informationen aus dem Bereich Gesundheitswesen - Zahngesundheit  
Vorlage: 15/4400**

Herr Krebs findet die von der Verwaltung vorgelegten Zahlen erschreckend. Bereits im Kindesalter werden die Zähne immer schlechter, je älter die Kinder werden. In den Kindertagesstätten werden die Zähne noch regelmäßig geputzt, in den Schulen nicht mehr. Das macht sich negativ bemerkbar.

Beig. Neuhaus erklärt dazu, dass die Vorlage gute Orientierungsdaten liefert, die in erster Linie auch für Prävention genutzt werden sollen. Die Reihenuntersuchung dient der Schwerpunktfindung. Das Projekt „Gesund aufwachsen in Remscheid“ soll sich auch mit dem Thema Zahngesundheit beschäftigen.

Frau Neff-Wetzel fragt nach, ob es im Gesundheitsamt ausreichend Personal für die zum Teil notwendige Intensivprophylaxe gibt.

Dr. Neveling teilt mit, dass die Krankenkassen die Prophylaxekräfte finanzieren. Die beiden Fachkräfte, die bereits seit einigen Jahren in diesem Bereich tätig sind, konnten in feste Arbeitsverhältnisse übernommen werden. In den nächsten Wochen/Monaten sollen zwei zusätzliche Zahnarthelferinnen eingestellt werden. Dann sollen u. a. die Fluoridierungsmaßnahmen in Einrichtungen mit hohem Kariesaufkommen intensiviert werden.

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

**5.4. Bundesteilhabegesetz (BTHG) / SGB IX und Ausführungsgesetz Nordrhein-Westfalen (AG-BTHG-NRW) - Information zum Sachstand  
Vorlage: 15/4421**

Herr Köppchen berichtet, dass es sich bei den Informationen um einen aktuellen Zwischenstand handelt. Das Ausführungsgesetz ist noch nicht verabschiedet. In dem Gesetz sollen u. a. die Zuständigkeiten geregelt werden.

Herr Schichel fragt nach, ob sich die Stadt Remscheid in das Gesetzgebungsverfahren für das Ausführungsgesetz eingebracht hat. Frau Hellmann-Wien verneint das, es wurde keine Stellungnahme der Verwaltung abgegeben.

Der Ausschuss nimmt von der Vorlage Kenntnis.

**5.5. Teilnahme der Stadt Remscheid am „Aktionsprogramm – Hilfe in Wohnungsnotfällen“ des Landes NRW  
- Beschlussvorlage zu Drucksache 15/3109 -  
Vorlage: 15/3803**

Die Teilnahme am Aktionsprogramm wurde bereits vom Rat beschlossen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.6. Hausärztliche Versorgung - Mitteilung der Verwaltung**

Dr. Neveling berichtet, dass das Gesundheitsamt in Kürze beginnen wird, mit der Kampagne „Komm, Doc“ (Flyer und Internet) Werbung für den Standort Remscheid zu machen. Dabei sollen u. a. Standortvorteile wie niedrige Mieten und der hohe Anteil an Privatpatienten hervorgehoben werden.

In den nächsten 10 Jahren werden ca. 50 % der Remscheider Arztpraxen schließen, da keine Nachfolger gefunden werden. Mit der o. g. Kampagne soll versucht werden, Universitätsabgänger dafür zu gewinnen, eine Praxis in Remscheid zu übernehmen. Im Idealfall sollten die jungen Ärzte als Assistenzärzte in den Praxen anfangen und von den noch praktizierenden Ärzten angelernt und mit deren Patienten vertraut gemacht werden, bevor sie die Praxis übernehmen. Der Trend geht aber zu Gemeinschaftspraxen. Problematisch wird die Suche nach einem Nachfolger für Praxen, die abseits gelegen sind oder in einem stark renovierungsbedürftigen Zustand.

Über diese Kampagne hinaus sollen Kontakte zu Remscheider Professoren und Doktoren, die an Universitäten lehren, dazu genutzt werden, Mediziner für Remscheid zu gewinnen.



Herr Gottschalk fragt nach, ob das Ärztenetzwerk aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zum Numerus clausus die Möglichkeit hat, auf die Universitäten einzuwirken, auch im Hinblick auf die Besetzung von Arztstellen in Kliniken. Dr. Neveling sieht auf kommunaler Ebene kaum Einflussmöglichkeiten. Er würde sich z. B. eine Schlüsselverteilung der Studenten wünschen. Eine Zuweisung in Krankenhäuser außerhalb der Universitätsstädte könnte zu einer umfassenderen, weniger spezialisierten Ausbildung beitragen. Davon würden seiner Meinung nach sowohl die Studenten als auch die Kliniken profitieren.

Von der Mitteilung der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

#### **5.7. Mitteilungen Beig. Neuhaus**

Beig. Neuhaus gibt folgende Informationen:

In der Sitzung im März soll über die Zielerreichung der trilateralen Zielvereinbarung Jobcenter/Bundesagentur/Stadtverwaltung 2017 berichtet und ein Ausblick auf 2018 gegeben werden. Dazu sollen der Geschäftsführer des Jobcenters, Herr Faust, und der Vorsitzende der Geschäftsführung der Arbeitsagentur Wuppertal-Solingen, Herr Klebe, eingeladen werden.

Das Sozialmonitoring 4. Quartal 2017 konnte heute noch nicht eingebracht werden, die Daten sind erst gestern eingegangen.

Es gibt erste Analysen zum Projekt „MOSAIK“. Am 27. Februar wird es dazu einen Workshop mit Beteiligung der Bezirksbürgermeister geben. Im Anschluss werden die politischen Gremien informiert. Für Juni 2018 ist ein Workshop mit politischen Vertretern geplant.

#### **6. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine schriftlichen Berichte vor.

#### **7. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Vorschläge vor.

#### **8. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung**

##### **8.1. Seniorenfreundliche Stadtverwaltung: Hausbesuche für Bürger ab 75 Jahren Antrag der CDU-Fraktion Vorlage: 15/3897**

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt (TOP 1).

## **9. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung**

### **9.1. Anschreiben der Arbeitsgemeinschaft freie Wohlfahrtspflege in Sachen Sozialmonitoring - Anfrage von Frau Neff-Wetzel**

Frau Neff-Wetzel teilt mit, dass die Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege die Fraktionen und die Verwaltung angeschrieben und angeregt hat, statt des Sozialmonitorings wieder einen Armutsbericht mit Handlungsempfehlungen zu erstellen.

Sie fragt nach dem Sachstand.

Beig. Neuhaus weist darauf hin, dass der Ausschuss einen Beschluss gefasst hat, statt eines Armutsberichtes das von der KGSt vorgeschlagene Sozialmonitoring durchzuführen. Der Bericht wird regelmäßig fortgeschrieben. Die Daten werden dem Ausschuss quartalsweise vorgelegt, damit dieser u. a. darauf basierend Handlungsempfehlungen entwickeln kann.

### **9.2. Haus Dresen - Anfrage von Herrn Krebs**

Herr Krebs berichtet, dass es im Jahr 2017 eine Besichtigung des Hauses Dresen an der Neuenkamper Straße gegeben hat. Dabei wurde u. a. festgestellt, dass viele Bewohner mit dem Wohnungszustand zufrieden sind. Es gab aber auch Beschwerden über die hygienischen Verhältnisse. Die Stadt Remscheid hat dort ebenfalls Wohnraum angemietet. Nach seinem Kenntnisstand gibt es lediglich eine mündliche vertragliche Vereinbarung zwischen der Stadt Remscheid und dem Vermieter. Er fragt nach, wieviel Einfluss die Stadt Remscheid auf die Verhältnisse nehmen kann, ohne die Unterkunft als solche zu gefährden.

Beig. Neuhaus teilt mit, dass die Stadt Remscheid in dem Gebäude zwei Räume als Not-schlafstätten angemietet hat. Die anderen Bewohner haben private Mietverträge mit dem Eigentümer. Bei der Verwaltung sind bisher keine Beschwerden über die Zustände in dem Gebäude eingegangen. Die von der Stadt genutzten Räume werden immer nur dann kurzfristig belegt, wenn es in der Notschlafstelle an der Schüttendelle keinen Platz mehr gibt. Informationen zum Mietvertrag müssen in einer späteren Sitzung nachgereicht werden.

Dr. Neveling bestätigt, dass die meisten der Bewohner mit der Situation zufrieden sind. Das Haus Dresen ist kein Heim, sondern privater Wohnraum für Personen, die in anderen Wohnraum aufgrund ihrer persönlichen Situation (z. B. Suchterkrankung) nicht zu vermitteln sind. Da es kaum Alternativen zu dieser Unterkunft gibt, wird es voraussichtlich Probleme geben, die Mieter anderweitig unterzubringen, wenn der Vermieter aus Altersgründen aufhört.

Herr Gottschalk ist der Ansicht, dass die Stadt Remscheid auch als Teilmietler in der Pflicht ist, genauer hinzuschauen, besonders wenn es um Verwahrlosung geht. Dr. Neveling teilt dazu mit, dass es vor einigen Jahren ein befristetes Projekt mit einer Sozialarbeiterstelle gegeben hat, mit der eine weitergehende Betreuung der Bewohner möglich war. Beig. Neuhaus ergänzt, dass die Stadt Remscheid als Träger der Grundsicherung nur die Kosten für die Miete übernimmt. Das Mietverhältnis besteht aber nicht mit der Stadt Remscheid. Bei Verwahrlosung müsste evtl. das Ordnungsamt eingeschaltet werden.

Der Vorsitzende zieht zu diesem Thema Frau Engelberg von der Caritas hinzu. Frau Engelberg sieht die Unterkunft auch eher kritisch. Für die Bewohner ist es schwierig, aus dieser Situation wieder rauszukommen. Sie sieht aber auch keine Alternativen auf dem Wohnungsmarkt. Besonders schwierig wird die Versorgung im Alter.

Mehrere Ausschusssmitglieder kritisieren, dass es in dem Gebäude, in dem viele Suchtkranke wohnen, einen Kiosk gibt, in dem Alkohol verkauft wird.

Herr Brützel ist der Ansicht, dass hier zwei Themenkreise betroffen sind: Mietvertrag zwischen dem Betreiber und der Stadt Remscheid sowie ordnungsrechtliche Voraussetzungen/Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Verkauf von Alkohol oder dem Einschreiten bei Verwahrlosung.

Herr Sill bittet die Verwaltung um entsprechende Informationen in der nächsten Sitzung.

**10. Heilpädagogische Leistungen der Frühförderung im Sinne der §§ 30, 56 SGB IX  
Überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Bedarfsdeckung der Frühförderung im Haushaltsjahr 2018  
Vorlage: 15/4423**

Herr Krebs fragt nach, ob der Landschaftsverband rückwirkend zum 01.01.2018 die Kosten übernehmen wird, die von der Stadt Remscheid in Vorleistung erbracht werden.

Frau Hellmann-Wien erklärt, dass beide Träger das Gesetz abwarten und sich dann einigen müssen. Die Aufgabe als solche wird aber von beiden möglichen Trägern anerkannt. Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe. Die Frühförderung von behinderten Kindern oder von Kindern, die von Behinderung bedroht sind, erfolgt von der Geburt bis zur Einschulung.

Herr Brützel fragt nach, ob die Möglichkeit besteht, dass der Landschaftsverband im Falle einer Übernahme der Trägerschaft weniger Stellen für notwendig hält als die, die jetzt von der Stadt Remscheid eingerichtet werden sollen. Frau Hellmann-Wien erklärt, dass die Möglichkeit besteht. Die Lebenshilfe ist in diesem Bereich aber flexibel.

Frau Kreimendahl erinnert daran, dass es maßgeblich um die Förderung der Kinder geht, unabhängig davon, wer die Trägerschaft letztendlich übernimmt.

Herr Brützel schlägt vor, den Stellenbedarf anhand der Fallzahlen zu evaluieren. Er beantragt eine Ergänzung des Beschlusssentwurfs um den Zusatz:

Der Bedarf an heilpädagogischen Stellen soll alle zwei Jahre evaluiert werden.

Der Vorsitzende lässt über den erweiterten Beschlusssentwurf abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

**Beschluss (ergänzt):**

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Zur Deckung des Bedarfs an heilpädagogischen Leistungen im Sinne der §§ 30, 56 SGB IX im Bereich der Frühförderung wird die Zuwendung an die Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. Ortsverband Remscheid ab dem Haushaltsjahr 2018 von bisher 167.050 EUR auf zukünftig 332.350 EUR erhöht.

Die Zuwendung unterliegt einem Zuständigkeitsvorbehalt.

2. Der Mehrbedarf in Höhe von 165.300 EUR wird gemäß § 83 GO NRW überplanmäßig bereitgestellt.

Die Bereitstellung erfolgt im Produkt 01.20.02 – Zuschusskoordination in der Teilergebnisplanzeile 15 – Transferaufwendungen bei dem Konto 5317461 – An Verein Lebenshilfe für behinderte Kinder.

**3. Der Bedarf an heilpädagogischen Stellen soll alle zwei Jahre evaluiert werden.**

Die Deckung der Mehraufwendungen (Aufwendungen und Auszahlungen) erfolgt durch Minderaufwendungen im Produkt 06.01.01 – Förderung von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in der Teilergebnisplanzeile 15 – Transferaufwendungen bei dem Konto 5317821 – An freie Träger für Tageseinrichtungen für Kinder.

In der Haushaltplanung 2017/2018 wurden hier Mittel für 200 bzw. 700 neue Betreuungsplätze eingeplant. Durch die Verzögerung bei der Ausbauplanung der neuen Kindertageseinrichtungen werden die Mittel zu diesem Zeitpunkt nicht vollumfänglich benötigt und können zur Deckung herangezogen werden.

Da keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte vorliegen schließt der Vorsitzende die Sitzung.

gez.

\_\_\_\_\_  
Lothar Sill  
Vorsitzender

gez.

\_\_\_\_\_  
Silke Eller  
Schriftführerin